



Die Rotenburger Pestalozzische Schule hat noch 55 Schüler. Ob es wieder einen fünften Jahrgang geben wird, ist fraglich. • Foto: Menker

Förderschulen bleiben vorerst

Kreistag schließt sich mehrheitlich Aufschub für die Inklusionspädagogik an

Von Michael Krüger

ROTENBURG • Die Frage, ob Kinder mit Lernproblemen eine eigene Förderschule brauchen oder in der Regelschule besser aufgehoben sind, bleibt unbeantwortet. Es ist ein unauf lösbarer Streit zwischen Bildungsvorstellungen. Der Kreistag hat aber jetzt zumindest auf politischer Ebene eine Entscheidung getroffen: Die drei Förderschulen mit dem Schwerpunkt Lernen im Kreisgebiet sollen fünf weitere Jahre erhalten bleiben und ab dem Sommer wieder Fünftklässler aufnehmen können. Wenn der Wunsch danach bei Eltern überhaupt besteht.

Die Inklusion ist zumindest schon an Grundschulen in weiten Teilen umgesetzt. Wer dort Schwierigkeiten hat, dem Lerntempo der anderen zu folgen, wird unterstützt. Immer noch zu wenig und nur durch den Mehreinsatz der regulären Lehrkräfte möglich, aber grundsätzlich eben doch dort, wo auch die anderen sind: keine schulische Ausgrenzung mehr.

Auch einen fünften Jahrgang gab es an der Pestalozzische Schule in Rotenburg, an der Janusz-Korczak-Schule in Zeven und der Schule am Mahlersberg in Bremervörde in diesem Schuljahr nicht mehr.

Die neue große Koalition in Hannover hat jedoch die Inklusionspläne gebremst und lässt mit einer Änderung im Schulgesetz, das Ende Februar beschlossen wurde, den Schulträgern mehr Freiheit. Es wird die Möglichkeit eingeräumt, dass Förderschulen mit Schwerpunkt Lernen in der Sekundarstufe noch bis zum Beginn des Schuljahres 2022/23 Schüler der Klasse 5 aufnehmen dürfen. Mit der Neuregelung erhält dieser Schultyp noch einmal mehrere Jahre Aufschub. So sollen die allgemeinbildenden Schulen mehr Zeit bekommen, sich auf die Aufnahme von Kindern mit Lern-Förderbedarf einzustellen. Der Landkreis zieht diese Option – durchgesetzt mit den Stimmen der Mehrheitsgruppe aus CDU, Freien Wählern, WFB und FDP sowie der AFR.

SPD und Grüne wollten den Aufschub verhindern.

Jan-Christoph Oetjen (FDP) verteidigt das, was SPD und CDU in Hannover ermöglichen. Er hätte sich zwar eine dauerhafte Sicherung der Förderschulen gewünscht, aber so stelle man vorerst wieder „Wahlmöglichkeiten“ für die Eltern her. Bislang sei die Inklusion im Land schlecht umgesetzt, was Eltern, Lehrer und vor allem Schüler ausbaden müssten. Eike Holsten (CDU), wie Oetjen Kreistags- und Landtagsmitglied, betont, dass man nun Zeit gewonnen habe: „Zeit, um die Sorgen und Nöte der Eltern zu adressieren und Lösungen zu finden.“

Die Kritiker können der Fortführung der Förderschulen wenig abgewinnen. Es sei ein „Rückschritt“, Inklusion brauche nicht mehr Zeit, sondern mehr Personal. Die 33 Millionen Euro, die die „Wiederbelebung“ der Förderschulen das Land kostete, hätten lieber in Regelschulen investiert werden müssen, so Kreistagspolitiker Volker Kul-

lik (SPD), selbst Schulleiter an der Grundschule Karlshöfen. So böte das Schulgesetz auch die Möglichkeit, an Regelschulen spezielle Fördergruppen einzurichten.

Wenn die Landesschulbehörde nun grünes Licht gibt für die drei Förderschulen Lernen im Landkreis, heißt das aber noch nicht, dass sie wirklich wieder einen fünften Jahrgang aufbauen können. Erste Analysen haben nur für Bremervörde die notwendige Schülerzahl von 13 für eine Klasse ergeben. Im letzten fünften Jahrgang im Schuljahr 2016/17 waren es in Rotenburg zehn Schüler, in Zeven sieben, in Bremervörde gab es bereits keinen mehr. Dass Eltern bei einer Zusammenlegung der Schulen ihre Kinder auch auf weiter entfernte Standorte schicken, zweifelt der Landkreis an. Möglicherweise ist der Beschluss damit nur ein theoretischer – nach langer Diskussion hätten die Eltern selbst die Antwort gegeben, welche Schule sie für ihren Nachwuchs für sinnvoller halten.